

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen in der Zeit der „Regierung des Volkes“ von Kim Dae-jung 1998-2000 – Eine Zwischenbilanz der Aktivitäten und Aufgaben

Roland Wein

1 Einleitung

Mit dem Amtsantritt von Präsident Kim Dae-jung im Februar 1998 und der Bildung der so genannten „Regierung des Volkes“ ergaben sich sowohl neue Möglichkeiten als auch neue Herausforderungen für die Zivilgesellschaft in Südkorea.

Der neue Präsident Kim Dae-jung war ein Kämpfer gegen die Militärdiktaturen und für Demokratie und Menschenrechte und verfügt über eigene langjährige Erfahrungen mit der Arbeit in sozialen Bewegungen. Aus dieser Zeit hat er noch viele Mitkämpfer und persönliche Freunde, die zum Teil in der Zivilgesellschaft, aber auch in der Regierung und der Politik aktiv sind. Präsident Kim Dae-jung zeigte eine größere Bereitschaft als die bisherigen Regierungen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) als Partner im Demokratisierungsprozess zu akzeptieren und mit ihnen zusammenzuarbeiten (zur Begriffsbestimmung der ZGO sowie zur Entstehung und Aktivierung der Zivilgesellschaft in Südkorea s. Wein 1997: 41-67). Daraus ergaben sich verbesserte Bedingungen für die Arbeit der ZGO in Südkorea.

Die Herausforderungen für die Zivilgesellschaft in Südkorea lassen sich in drei Punkten zusammenfassen:

1. Da die Partei Kim Dae-jungs, der National Congress for New Policy (NCNP), in der Nationalversammlung nicht über eine Mehrheit verfügte, war Kim gezwungen, mit den ultrakonservativen United Liberal Democrats (ULD) unter Kim Jong-pil eine Koalition einzugehen. Das erschwerte die Realisierung notwendiger politischer Reformen. Das politische System in Südkorea bleibt auch unter dem neuen Präsidenten stark zentralisiert, autoritär und konservativ und lässt somit nur wenig Raum für die Entwicklung alternativer Ideen und die direkte Partizipation der Bürger an politischen Entscheidungsprozessen.
2. Am Ende des Jahres 1997 wurde Südkorea von einer Wirtschafts- und Finanzkrise erschüttert und zu deren Überwindung unter ein Umstrukturierungsprogramm des Internationalen Währungsfonds (IWF) gestellt. Die Umsetzung dieses wirtschaftlichen „Wiederbelebungsprogramms“ führte zu großen Veränderungen in der Wirtschaft und der südkoreanischen Gesellschaft insgesamt. Die ZGO mussten zum einen die Politik der Regierung zur Überwindung der Krisensituation und deren Haltung gegenüber dem IWF kritisch analysieren und zu-

gleich eigene alternative Programme für die Wirtschaftsreform entwickeln. Zum anderen mussten sich auch diese Organisationen konkret mit den sozialen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise, dem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Zunahme von Armut und sozialer Instabilität, auseinandersetzen und zu deren Milderung aktiv werden.

3. Die Zivilgesellschaft in Südkorea und also auch die ZGO mussten ihre Beziehungen zur neuen Regierung neu definieren. Die Bildung dieser Regierung war von zahlreichen Aktivisten in der Zivilgesellschaft erhofft und mit hohen Erwartungen begleitet worden. Nun im Amt, wurden viele dieser Hoffnungen auf politische, wirtschaftliche und soziale Reformen von der Regierung enttäuscht. Die ZGO mussten und müssen festlegen, wie loyal bzw. wie kritisch sie der Regierung Kim Dae-jung gegenüberstehen. Die Frage der Beziehungen zwischen Zivilgesellschaft und Staat und dabei der Bewahrung der Unabhängigkeit der Zivilgesellschaft ist natürlich nicht neu. Sie erhielt unter Kim Dae-jung aber eine stärkere Aktualität durch die Forderung der Regierung nach „unconditional cooperation“ (Kim Dong-chun 1998: 19) seitens der Zivilgesellschaft, wie sie in Reden und den Aktionen Kim Dae-jungs sichtbar wurde.

In diesem Beitrag wird argumentiert, dass die ZGO in Südkorea seit dem Amtsantritt Kim Dae-jungs einen wichtigen Beitrag zur weiteren Demokratisierung leisten und ihre Rolle als Gegengewicht zu Regierung und Unternehmen erfüllen. Sie haben dabei im wesentlichen ihre Unabhängigkeit von politischer und wirtschaftlicher Macht bewahrt. Bei der Untersuchung der Aktivitäten der ZGO wurden vor allem die aktivsten und einflussreichsten Organisationen herangezogen, wie die People's Solidarity for Participatory Democracy (PSPD – Ch'amyô yôndaе), Citizens' Coalition for Economic Justice (CCEJ – Kyôngje chôngûi silch'ôn simin yônhap), Green Korea United (Noksaek yônhap) und Korea Foundation for Environmental Movement (KFEM – Hwan'gyông undong yônhap).

2 Die Politik der Regierung Kim Dae-jung gegenüber den zivilgesellschaftlichen Organisationen

In seiner diesjährigen Neujahrsansprache fasste Kim Dae-jung seine Haltung gegenüber den ZGO so zusammen: „The new millenium is an era when the three axes of the society – the government, market und civic organisations – co-operate for national and global development“ (zit. in: *Korea Times/KT*, 26.1.2000).

2.1 Die Inkorporation von Vertretern der zivilgesellschaftlichen Organisationen ins politische System

Bereits vor seinem Amtsantritt hatte Kim Dae-jung begonnen, Vertreter der ZGO zu konsultieren und deren Meinungen zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen

Fragen einzuholen. Er hat verschiedene Vertreter von Bürgerbewegungen und sozialen Bewegungen eingeladen, seiner Regierung als Mitglieder des Kabinetts beizutreten oder als Sekretäre des Präsidenten zu arbeiten. Die Einbeziehung von Vertretern der Zivilgesellschaft in das politische System war bereits unter Kim Youngsam begonnen worden und wurde von Kim Dae-jung verstärkt fortgesetzt. So wurde Kim Tae-dong, Professor an der renommierten Sungkyunkwan-Universität und damals Vorsitzender des Komitees für Politikforschung der CCEJ, beim Amtsantritt der neuen Regierung im Februar 1998 zum Senior Presidential Secretary für Wirtschaftsfragen ernannt (KT, 4.3.2000). Weitere Beispiele sind:

Pak Sông-ja, die mehr als 20 Jahre lang in der Bäuerinnenbewegung aktiv war, wurde von der Regierung Kim Dae-jung mit einer Position in der Abteilung für Grundsatzfragen des Ministeriums für Landwirtschaft und Forstwesen betraut. Yi Sang-dôk, ehemalige Vizepräsidentin der Organisation Women's Hotline, arbeitet seit April 1998 für die Präsidentenkommission zu Frauenangelegenheiten. Seit dem Amtsantritt von Kim Dae-jung hat Professor Kim Sung-hoon, der ein Gründungsmitglied der CCEJ war, das Amt des Ministers für Landwirtschaft und Forstwesen inne. Er gilt als eines der progressivsten Mitglieder des Kabinetts.

Kim Dae-jung war auch bestrebt, neue Leute in seine Regierungspartei NCNP aufzunehmen und dadurch eine neue politische Partei zu bilden, was die Chancen bei den Wahlen zur Nationalversammlung im April 2000 verbessern sollte. Deshalb wurde im Januar 2000 der NCNP in Millennium Democratic Party (MDP) umbenannt: Das „frische Blut“ sollte dabei vor allem durch die Einbeziehung von Vertretern der Bürgerbewegungen einfließen. Ein Beispiel ist hier Kim Dae-jungs Ernennung von Suh Young-hoon, eines prominenten Vertreters der Bürgerbewegungen, zum amtierenden Präsidenten der MDP, dem zweithöchsten Amt in der Partei (KT, 26.1.2000).

Diese direkte Einbeziehung von Vertretern der Zivilgesellschaft in das politische System kann die Zivilgesellschaft nachhaltig stärken oder schwächen. Zum einen könnten diese Vertreter der ZGO ihre neuen Machtpositionen nutzen, um wirkungsvoll für die Realisierung von Reformen einzutreten und die Zivilgesellschaft in Südkorea zu stärken. In den letzten zwei Jahren hat sich jedoch gezeigt, wie schwierig dies tatsächlich ist, und viele dieser Persönlichkeiten sind inzwischen wegen ihrer tatsächlichen Möglichkeiten enttäuscht. Zum anderen hat diese direkte Einbeziehung der Vertreter von ZGO auch Auswirkungen auf die Unabhängigkeit und die Glaubwürdigkeit der ZGO. Das ist einer der Gründe, warum es viele Repräsentanten von ZGO abgelehnt haben, in die Regierung oder die MDP einzutreten. Andererseits wurden Vertreter von ZGO, die Positionen in der Regierung annahmen oder sich zum Beispiel als Kandidaten für die Wahlen zur Nationalversammlung aufstellten ließen, häufig von ihren Organisationen aufgefordert, ihre Aktivitäten in der Organisation einzustellen oder diese zu verlassen. Dies kann dann auch zu einer personellen Schwächung der Organisationen führen.

Mitunter wurde auch der Vorwurf erhoben, die Aktivisten in den Bürgerbewegungen würden ihre Arbeit in den Organisationen nur zur Förderung ihrer persönlichen politischen Karriere und als Sprungbrett in die Politik nutzen. Dabei wurde

eine Diskussion über die Glaubwürdigkeit der ZGO und ihrer Repräsentanten geführt.

2.2 Die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Regierung und Zivilgesellschaft

Unter der Regierung Kim Dae-jung wurde die Institutionalisierung der Beziehungen zwischen Regierung und Zivilgesellschaft fortgesetzt. So verfügen viele Regierungsstellen, wie bereits während der Regierungszeit von Kim Young-sam (1993-1998), über Beratungskomitees und -ausschüsse. Darin arbeiten Vertreter von ZGO, sozialen Organisationen und wissenschaftlichen Einrichtungen mit und stehen den Behörden für Konsultationen zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen zur Verfügung.

Als Reaktion auf die wachsende Kritik, dass Kim Dae-jung sich der öffentlichen Meinung verschließe, ernannte der Präsident im Juni 1999 Kim Sung-jae zum Senior Presidential Secretary für Bürgerangelegenheiten und Petitionen. Professor Kim Sung-jae ist ein langjähriger Aktivist in der sozialen und Bürgerbewegung und hat gute Kontakte zu ZGO wie CCEJ und PSPD, in denen er auch mitarbeitete. Seine Arbeit in der Funktion als Präsidentenberater wird von der Mehrzahl der ZGO hoch geschätzt, und er genießt offensichtlich deren Vertrauen als Partner in der Regierung. Im Januar 2000 wurde Kim Sung-jae dann zum Senior Presidential Secretary für Politikplanung ernannt, eine der einflussreichsten Positionen im Sekretariat des Präsidenten. In dieser neuen Funktion ist er auch weiterhin für die Kontakte zu den ZGO verantwortlich. Somit hat die Regierung das politische Niveau angehoben, auf dem sie mit den ZGO zusammenarbeitet.

Die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Regierung und den ZGO wurde weiter gestärkt durch die Einrichtung einer Abteilung für die Zusammenarbeit mit NRO im Ministerium für Verwaltung und innere Angelegenheiten im Januar 1999. Diese Abteilung ist für die Unterstützung der Nichtregierungsorganisationen zuständig und soll die Positionen der Zivilgesellschaft an die Regierung übermitteln. Sie soll außerdem an der Umsetzung des „Gesetzes für die Unterstützung der nicht profitorientierten Bürgerorganisationen“ (*Pi yôngni min'gan tanch'e chi-wônboŕp*) mitarbeiten.

Von diesem neuen Gesetz, das am 18. Januar 2000 von der Nationalversammlung beschlossen wurde und drei Monate später in Kraft trat, sollen Organisationen profitieren, die als „people's organisation which aim at non-profit activities benefiting to the public“ charakterisiert werden. Der Hauptzweck bei der Gründung und den Aktivitäten der Organisationen sollte nicht darin bestehen, eine bestimmte politische Partei oder einen bestimmten Kandidaten bei Wahlen zu unterstützen oder die Ideen einer bestimmten Religion zu verbreiten. Durch dieses Gesetz anerkennt der Staat die Bedeutung der Aktivitäten der Bürgerorganisationen und übernimmt die Verpflichtung, diese aktiv zu unterstützen. Das Gesetz regelt die Vorschriften für die Registrierung der Organisationen, die Antragstellung für finanzielle Unterstüt-

zung, den Auswahlprozess sowie einige ergänzende Möglichkeiten der Unterstützung wie Steuerbefreiung und Reduzierung der Portogebühren.

Problematisch scheint in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit der Registrierung der Organisationen beim Ministerium zu sein, da dadurch die Möglichkeit des staatlichen Machtmissbrauchs besteht.

Über Jahre hatten Bürgerorganisationen und soziale Bewegungen die Forderungen erhoben, ein „Unterstützungsgesetz für die Bürgerbewegung“ zu verabschieden und gleichzeitig die Sondergesetze abzuschaffen, mit denen die Regierung Quasiregierungsorganisationen spezielle Unterstützung gewährte, wie The Korea Saemaul Undong Center, Central Conference on Movement for the Moral Life und The Korea Freedom League. Auch wenn die alten Sondergesetze für Quasiregierungsorganisationen nicht aufgehoben wurden, so ist doch zumindest deren Anwendung seit 1999 ausgesetzt und die Organisationen müssen seitdem wie alle NRO Anträge auf finanzielle Unterstützung beim Ministerium für Verwaltung und innere Angelegenheiten stellen (Ho Yong-bôp 2000: 247).

Das neue Gesetz ist Ergebnis eines Konsultationsprozesses zwischen der Regierung und den Bürgerorganisationen. Die Organisationen scheinen mit dem Inhalt des Gesetzes insgesamt zufrieden zu sein. Sie kritisieren jedoch, dass laut Gesetz mit diesen Geldern keine Gehälter für Mitarbeiter bezahlt werden dürfen, nicht einmal zum Teil, wie ursprünglich von den Organisationen gefordert. Außerdem erkenne die Regierung die besondere Rolle nicht an, die politisch aktive Organisationen hätten, indem sie diese wie alle anderen Organisationen behandle.

Die finanzielle Unterstützung der Bürgerorganisationen durch die Regierung und die Frage, ob diese die Gelder annehmen könnten oder nicht, wurde und wird zwischen den – und vor allem in den – Organisationen heftig diskutiert. Bereits die Regierung Kim Young-sam hatte über das Staatliche Informationsbüro (Kukchông hongbojo, ehemals Konbojo) finanzielle Unterstützung gewährt. Diese Form der Unterstützung wurde durch Kim Dae-jung fortgesetzt. Zusätzlich dazu vergab das Ministerium für Verwaltung und innere Angelegenheiten im Jahr 1999 15 Mrd. Won zur Unterstützung von Projekten und plante für 2000 einen Betrag in gleicher Höhe ein.

Die unter Finanzknappheit leidenden Organisationen müssen entscheiden, ob und unter welchen Bedingungen sie Anträge auf finanzielle Unterstützung an die Regierung stellen. Das Hauptaugenmerk muss dabei darauf liegen, dass sie ihre Unabhängigkeit bewahren und nicht vom Geld der Regierung abhängig werden. Einige Organisationen wie z.B. PSPD haben beschlossen, keine Anträge beim Verwaltungsministerium auf finanzielle Unterstützung zu stellen, um jede Form von Abhängigkeit oder Interessenkonflikte zu vermeiden.

Gegner der Aktivitäten der Bürgerorganisationen in Vorbereitung der Wahl der Nationalversammlung im April 2000, vor allem von der oppositionellen Grand National Party (GNP) und den ULD, haben den Vorwurf erhoben, die Organisationen seien Werkzeuge der Regierung und haben dafür u.a. die jahrelange finanzielle Unterstützung dieser Organisationen durch das Staatliche Informationsbüro sowie seit 1999 durch das Verwaltungsministerium als Argument angeführt. Wenn es auch

richtig ist, dass beteiligte Organisationen Gelder von der Regierung erhalten haben, so gibt es doch keinerlei Beweise für ein vermeintliches „Komplott“ zwischen der Regierungspartei MDP und den Bürgerorganisationen, zumal ja auch die Kandidaten der MDP in der Kritik der zivilen Wahlkampagne standen (Ho Yong-bôp 2000: 241-253).

2.3 Regierungsgesteuerte Kampagne: „Second Nation Building Campaign“

Die Einbeziehung von Vertretern der ZGO und die weitere Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Regierung und ZGO sowie die vermeintliche Tendenz der Organisationen, die Regierungspositionen zu unterstützen (vgl. *KT*, 9.4.1999) führte zu Vorwürfen seitens der oppositionellen GNP, dass sich die ZGO zu einem „pseudo political camp“ entwickelten oder dass sie „politically contaminated“ seien (*KT*, 32.3.1999).

Diese Vorwürfe führen zu der Frage, wie die ZGO ihre Rolle in der Gesellschaft definieren und wie sie ihre Unabhängigkeit von Staat und Wirtschaft bewahren.

Die ZGO verstehen sich selbst als die Verkörperung der demokratischen Macht des Volkes und als dritte Kraft zwischen dem Staat und der Wirtschaft. Sie betrachten es als ihre Aufgabe, den Staat und die Wirtschaft zu kritisieren, zu kontrollieren, ein Gegengewicht gegen die Macht des Staates und der Wirtschaft zu schaffen und mit konkreten Vorschlägen zur Entwicklung demokratischer und nachhaltiger Strukturen in der Gesellschaft beizutragen (Wein 1997: 44).

In einer Umfrage, die Anfang 2000 von den Zeitschriften *NGO Weekly - Citizens Times* und *Insight Research* unter 120 Aktivisten von 72 Organisationen durchgeführt wurde, wurden diese nach den wichtigsten Formen der Aktivitäten von Bürgerorganisationen gefragt. In den Antworten wurde deutlich, dass gegenwärtig die Forderungen nach Reformierung des gesellschaftlichen Systems, die Ausübung einer Kontrollfunktion und die Offenlegung von Missständen die Schwerpunkte der Aktivitäten darstellen. Die gegenwärtigen Beziehungen zur Regierung und der Wirtschaft seien mehr Beziehungen der Kontrolle und der Kritik (gegenüber der Regierung 65%, gegenüber der Wirtschaft 69,2%) als Beziehungen der Zusammenarbeit. Während diese Kontroll- und Kritikfunktion der ZGO bewahrt werden solle (gegenüber der Regierung 41,6% und gegenüber der Wirtschaft 55,9%), wäre die Entwicklung von mehr auf Zusammenarbeit ausgerichteten Beziehungen im Verlaufe der nächsten zehn Jahre jedoch wünschenswert. Für viele der Befragten war dabei die Kritik an der Wirtschaft von größerer Bedeutung als die an der Regierung (*NGO Weekly - Citizens Times*, 1.-9.1.2000).

Unter den ZGO gibt es unterschiedliche Positionen zur Form der Zusammenarbeit mit der Regierung und politischen Parteien, zur Frage der Akzeptanz von Geldern von der Regierung. Diese unterschiedlichen Positionen haben zu Spaltungen der Bürgerbewegungen geführt, was sich letztlich negativ auf deren Einfluss auswirkt.

Ein Beispiel dafür ist die Gründung des Korean Council for Reconciliation and Cooperation (Minjok hwahae hyôngmyôk pômgungmin hyôbûihoe) im September 1998 durch Vertreter der Regierung, politischer Parteien und von Bürgerorganisationen wie CCEJ und Korea National Congress for Reunification (Chaju p'ônghwa t'ongil minjokhoewi), aber auch von Quasiregierungsorganisationen wie The Korea Freedom League. Das Ziel bestand darin, erstmals eine Zusammenarbeit herzustellen zwischen Regierung, Parteien und Bürgerorganisationen zu Fragen der nationalen Wiedervereinigung – einem Thema, das südkoreanische Regierungen in der Vergangenheit als ihr Monopol betrachtet hatten. Andere Organisationen – vor allem Gewerkschaften, aber auch z.B. National Alliance for Democracy & Reunification of Korea (Minjujuûi minjok t'ongil chôn'guk yônhap) kritisierten diese Dachorganisation als „government-patronised organisation“ (*PICIS Newsletter*, Nr.53, 21.5.1999) und bildeten im Mai 1999 eine eigene Koalition unter dem Namen Committee for National Reconciliation and Independent Reunification Movement.

Die größte Herausforderung für die Unabhängigkeit der ZGO und ihre Rolle in der südkoreanischen Gesellschaft stellte die Initiative Kim Dae-jungs zur Second Nation Building Campaign (*Che 2 kôn'guk undong*) vom August 1998 dar. Kim Dae-jung hat dabei sechs Hauptaufgaben formuliert, die durch diese Kampagne zum zweiten Aufbau der Nation realisiert werden sollten: partizipatorische Demokratie, Marktwirtschaft, Globalisierung, nationale Kraft basierend auf Wissen, von Zusammenarbeit geprägte Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Management sowie die Zusammenarbeit zwischen Süd- und Nordkorea (*Korea Herald/KH*, 15.8.1998).

Diese von der Regierung initiierte Kampagne sollte die Form einer Bürgerbewegung annehmen und eine Vielzahl verschiedener Bürgerorganisationen bis zu Jugendgruppen, aber auch politische Parteien einschließen. Die Kritik von Seiten der Zivilgesellschaft konzentrierte sich auf die starke Beteiligung und inhaltliche Dominanz der Regierung bei der Initiierung, der Organisation und der Aktivierung dieser Kampagne.

Viele Vertreter von ZGO haben deshalb eine Teilnahme an der Kampagne abgelehnt. Pfarrer Soh Kyung-suk, Generalsekretär der Korean Coalition of Citizens' Movement (KCCM – Han'guk simin tanch'e hyôbûihoe) erklärte dazu, es sei unangemessen, dass die Regierung die Bildung einer solchen Bewegung initiiere und organisiere. „Such a network will deprive the civic organisations of autonomy, turning them into lookers-on“ (zit. in: *KH*, 22.8.1998).

Die Regierung versuchte im September 1998, derartiger Kritik dadurch zu begegnen, dass sie Byun Hyung-yoon, einen der Korepräsentanten der CCEJ, zum Vorsitzenden der auf der Grundlage eines präsidentialen Erlasses gebildeten National Commission for Rebuilding Korea (NCRK) ernannte. Ein weiteres prominentes Mitglied der Kommission wurde Kang Moon-kyu, der Mitte des Jahres 1998 von Kim Dae-jung mit der Führung der Organisation The Korea Saemaul Undong Center beauftragt worden war. Diese Organisation war vom ehemaligen General und Präsidenten Park Chung-hee gebildet und dann von ihm und seinen Nachfolgern

gefördert und genutzt worden, um ihre diktatorische Macht zu festigen. Deshalb wurde und wird The Korea Saemaul Undong Center teilweise auch heute noch als Quasiregierungsorganisation betrachtet. Insofern trug die Aufnahme von Kang Moon-kyu, des Vorsitzenden dieser Organisation, in die NCRK nicht gerade dazu bei, die Vorbehalte gegen die gesamte Kampagne innerhalb der Zivilgesellschaft zu zerstreuen.

Dazu kam, dass der Minister für Verwaltung und innere Angelegenheiten zum Vorsitzenden der Planungsgruppe der Kommission ernannt wurde, was den Eindruck direkter Einflussnahme der Regierung auf die Kommission verstärkte. Im März 1999 wurde deshalb ein evangelischer Pfarrer mit dieser Position betraut. Dennoch kam es einige Monate später erneut zu scharfer Kritik an der Einflussnahme der Regierung als bekannt wurde, dass einige Mitarbeiter des Verwaltungsministeriums Einrichtungen der regionalen Selbstverwaltung gebeten hatten, die lokalen Büros der NCRK zu unterstützen (KH, 22.5.1999).

Aus den dargestellten Gründen boykottierten die meisten, vor allem die größeren ZGO die Kampagne. Die GNP denunzierte die Kampagne als Versuch Kim Dae-jungs, sich eine breitere Unterstützung zu sichern, um seine Macht länger zu erhalten. Auch der Koalitionspartner von Kim Dae-jungs Partei, die ULD, äußerte Kritik und Zweifel an den wahren Motiven hinter dieser Kampagne.

Die Second Nation Building Campaign, auch wenn sie mit der Formulierung der sechs großen Aufgaben für politische, wirtschaftliche und soziale Reformen in Südkorea in die richtige Richtung wies, war zum Scheitern verurteilt. Eine derart breite Reformbewegung in Südkorea muss von den ZGO, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften organisiert und realisiert werden, um die Unterstützung und freiwillige, aktive Mitwirkung der Menschen zu erhalten.

3 Ausgewählte Aktivitäten zivilgesellschaftlicher Organisationen 1998-2000

Während der ersten Hälfte der Amtszeit Präsident Kim Dae-jungs haben die ZGO ihre Aktivitäten für politische und wirtschaftliche Reformen sowie soziale Verbesserungen verstärkt und ihre internationale Zusammenarbeit ausgebaut. Die ZGO sind ins Blickfeld der Bevölkerung und der Politik gerückt, wozu auch die zunehmende Berichterstattung der Medien über die Arbeit der ZGO und ihre Positionen beigetragen hat.

Die Anzahl der Nichtregierungsorganisationen hat in den zurückliegenden zwei Jahren stark zugenommen. So führt das 1999 vom Citizens' Movement Communication Center in Seoul in zweiter Auflage veröffentlichte *Directory of Korean NGOs* 7.600 Organisationen auf. Einschließlich der lokalen Büros und Organisationen wurden 20.000 Organisationen aufgenommen (*2000 Han'guk min'gan tanch'e ch'ongnam*). In der ersten Auflage von 1996 waren dagegen nur 3.900 Organisationen aufgeführt, einschließlich der lokalen Büros gab es ca. 10.000 Einträge.

3.1 Eintreten für wirtschaftliche Reformen: „Minority Shareholders Campaign“

Diese Kampagne zum Schutz der Interessen von Kleinaktionären war und ist nach wie vor eine wichtige, auch international beachtete Bürgerinitiative, die gleichzeitig darauf zielt, wirtschaftliche Reformen, insbesondere eine Reform der Unternehmenskonglomerate (*chaeból*), voranzubringen.

Das Participatory Economy Committee (PEC) der 1994 gegründeten Organisation People's Solidarity for Participatory Democracy (PSPD) hat die Kampagne 1997 initiiert, um die Rechte der Kleinaktionäre zu sichern und zugleich die Transparenz des Management der Unternehmen zu erhöhen. Schwerpunkte der Kampagne sind Aktionen zur Implementierung der Rechte der Kleinaktionäre und letztlich zur tatsächlichen Umstrukturierung der Unternehmen. Hauptforderungen sind eine transparentere Führung der Unternehmen und eine größere Verantwortlichkeit des Management gegenüber den Aktionären. Nach Ansicht des PEC hätte die Durchsetzung dieser Forderungen großen Einfluss auf die Art und Weise der Führung von Unternehmen in Südkorea und würde bei der Reform der großen *chaeból* eine Rolle spielen.

Das Participatory Economy Committee hat seit Februar 1997 Aktionen von Kleinaktionären gegen die Korea First Bank koordiniert und Ende 1998 eine Gerichtsklage gegen das Management der Bank gewonnen. Das Management hatte illegale Kredite an das angeschlagene Unternehmen Hanbo Steel Co. vergeben und dadurch zur Schwächung der Kreditwürdigkeit und Zahlungsfähigkeit der Korea First Bank beigetragen. Das Gericht entschied, dass das Management der Bank 40 Mrd. Won als Entschädigung an die Bank zu zahlen habe. Dieser Fall wurde allgemein als ein entscheidender Schritt gesehen, Unternehmen zu mehr Transparenz im Management zu zwingen.

Die Kampagne richtete sich auch gegen Samsung Electronics, insbesondere während eines Aktionärstreffens im März 1998. Das Unternehmen wurde schließlich im Juni 1998 per Gerichtsbeschluss aufgefordert, mehrere Millionen Won an Strafgeldern dafür zu zahlen, dass es sich weigerte, Angaben über die illegale Unterstützung von Samsung Motors offen zu legen. 1999 war Samsung Electronics schließlich bereit, die Zahl der externen Direktoren zu erhöhen und den Kleinaktionären Priorität beim Verkauf von *convertible bonds* einzuräumen (KH, 19.3.1999).

SK Telecom musste ebenfalls nachgeben und akzeptierte unmittelbar vor einer Aktionärsversammlung im März 1998 alle von den Kleinaktionären und der PSPD aufgestellten Forderungen (Minority Shareholders' Campaign 1998: 7-8). Die PSPD war in Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Tiger Fund, einem *hedge fund*, erfolgreich bei der Durchsetzung der Forderung nach Aufnahme von drei externen Direktoren in das Unternehmen (KH, 20.3.2000). Auf der Aktionärsversammlung im März 1999 wurde der wachsende Einfluss der Kampagne deutlich, als das Unternehmen zugestand, das so genannte kumulative Abstimmungssystem (*cumulative voting system*) im März 2001 erneut zu prüfen und außerdem im Interesse der ver-

besserten Transparenz des Management ein unabhängiges Prüfungskomitee einzurichten (KT, 21.3.1999).

Die Einführung des kumulativen Abstimmungssystems, durch das Kleinaktionäre das Recht erhalten, ein Vorstandsmitglied ihrer Wahl zu ernennen, wurde 1999 zu einer Hauptforderung der Kampagne. Alle *chaeból* mit Ausnahme von SK Telekom haben ihre klare Ablehnung geäußert. Dieses kumulative Abstimmungssystem wurde durch eine Reform des Unternehmensgesetzes Ende 1998 erstmals eingeführt. Allerdings können die Unternehmen nach dem Gesetz dieses Abstimmungssystem in ihren Unternehmensstatuten ausschließen. Deshalb treten das Participatory Economy Committee und andere ZGO dafür ein, dass dieses System durch die Regierung obligatorisch gemacht wird.

Die Kampagne zum Schutz der Rechte der Kleinaktionäre veröffentlichte 1999 eine Erklärung mit ihren Forderungen an fünf große *chaeból*: Samsung Electronics, SK Telecom, LG Semicon, Daewoo und Hyundai Heavy Industries. Vertreter der Kampagne nahmen an den Aktionärsversammlungen teil und setzten sich dort für die Annahme ihrer Forderungen durch die Unternehmen ein.

Die Kleinaktionärskampagne stellt gegenwärtig „the mainstream trend of the nation’s economic activism“ (KH, 19.3.1999) dar und ist ein Beispiel dafür, wie Bürger unterstützt durch Experten an wirtschaftlichen Aktivitäten teilhaben und sich dabei für die Reformierung des Systems der *chaeból* und die Erhöhung der Transparenz und der Verantwortlichkeit des Management von Unternehmen einsetzen.

3.2 Politische Partizipation: „Civil Action for 2000 General Election“

Die Reform des politischen Systems in Südkorea ist eine der Hauptaufgaben der Regierung Kim Dae-jung. Während Kim Dae-jung auf dem Gebiet der Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise Erfolge aufweisen kann, sind die Erwartungen der Menschen bei den politischen Reformen enttäuscht worden. So hatte es bis zum Februar 2000 gedauert, bis die Nationalversammlung sechs jahrelang diskutierte Gesetzentwürfe zu politischen Reformen verabschiedete, einschließlich der Revision des Wahlgesetzes. Die Einführung des Kabinettsystems, der Kim Dae-jung als Teil der Übereinkunft mit Kim Jong-pil vor der Präsidentenwahl im Dezember 1997 zugestimmt hatte, und die Änderung des Wahlsystems wurden nicht realisiert.

Verschiedene Korruptionsskandale in den Jahren 1998 und 1999, bei denen Minister und Politiker von den Regierungs- und Oppositionsparteien beteiligt waren, schädigten das Antikorruptionsimage des Präsidenten und führten zu einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung gegenüber Kim Dae-jung und den Politikern insgesamt.

In dieser Situation verstärkten die ZGO ihre Aktivitäten mit Forderungen nach politischen Reformen, nach einem Ende der Korruption und nach politischer Partizipation der Bevölkerung. Die erfolgreichste und wichtigste Kampagne dieser Art war die so genannte Bürgeraktion zu den Parlamentswahlen 2000 (Civil Action for

2000 General Election – CAGE), die im Januar 2000 von mehr als 400 Organisationen initiiert worden war.

Das Ziel der Kampagne bestand darin, politische Reformen in Südkorea zu unterstützen und zu einem Ende der Korruption in der Politik beizutragen. Das Wahlgesetz sollte geändert und eine landesweite Kampagne gegen bisherige falsche politische Kultur und Gewohnheiten gestartet werden. Die CAGE war somit Ausdruck der Bereitschaft und des Willens einer großen Anzahl von Organisationen, sich aktiv in die Vorbereitung der bevorstehenden Parlamentswahlen einzubringen und zu verhindern, dass korrupte Abgeordnete wieder gewählt werden.

Im Rahmen der CAGE wurde das größte landesweite Netzwerk koreanischer Bürgerorganisationen geschaffen und eine enge Zusammenarbeit zwischen diesen Organisationen erreicht. Auch wenn die CAGE die landesweite Struktur eine Woche nach der Parlamentswahl aufgelöst hat, so werden die beteiligten Organisationen ihre eigenen Aktivitäten weiter fortsetzen. Nach Angaben eines Sprechers der Kampagne wird das entstandene Netzwerk von den einzelnen Organisationen als Grundlage ihrer Arbeit und gemeinsamer Projekte mit anderen Organisationen weiter genutzt (KT, 16.4.2000). Die Erfahrungen, die die Organisationen und Gruppen in der Zusammenarbeit im Rahmen der Kampagne gemacht haben, tragen zur Stärkung der Zivilgesellschaft in Südkorea bei.

Die wichtigsten Organisationen in der Kampagne waren PSPD, Green Korea United, KFEM und Korea Women's Association United (KWAU). Als Korepräsentanten arbeiteten Choi Yul (KFEM) und Park Won-sun (PSPD). Chang Won von Green Korea United war Sprecher der Kampagne. Die CCEJ beteiligte sich nicht an der CAGE, da die Organisation bereits bei früheren Wahlen ähnliche Aktivitäten unternommen hatte und auch diesmal eine eigene Liste von 164 Politikern aufgestellt hatte.

Der Startschuss der CAGE-Kampagne fiel am 24. Januar 2000, als eine Liste mit 67 Politikern veröffentlicht wurde, die „untauglich“ seien für eine Wahl ins Parlament. In dieser Liste standen viele einflussreiche Politiker sowohl aus dem Lager der Regierungs- als auch der Oppositionsparteien, darunter der ehemalige Premierminister Kim Jong-pil (ULD). Am 1. Februar folgte dann eine weitere Liste mit 47 Abgeordneten und Politikern.

Präsident Kim Dae-jung bewertete diese Aktionen anfänglich positiv und erklärte:

It could be understood as part of a movement from an indirect democracy to a more direct democracy [...] In the short term, the movements by civic activist groups are caused largely by the inability of politicians to handle political issues (zit. in *CAGE Newsletter 2: 1*).

Die meisten Politiker, die in den Listen aufgeführt waren, reagierten mit Ablehnung. Am härtesten getroffen war die ULD, von deren Abgeordneten in der ersten Liste 30,2% standen, gefolgt von der GNP mit 22,6% ihrer Abgeordneten und der MDP mit 15,2% ihrer Parlamentarier (KT, 26.1.2000). Die ULD warf dem Präsidenten

und Mitarbeitern im Blue House deshalb auch vor, ein Komplott mit der Bürgerbewegung geschmiedet zu haben, um Kim Jong-pil aus der Politik zu treiben.

Der ehemalige Koalitionspartner der MDP äußerte auch den Verdacht einer Verbindung zwischen den Bürgerorganisationen und Kim Sung-jae, dem Senior Presidential Secretary für Politikplanung, sowie Lee Jae-jung von der MDP (KT, 26.1.2000).

Die Bevölkerung dagegen unterstützte die Aktivitäten der Kampagne und zeigte großes Interesse, wobei die Verbreitung von Informationen über das Internet eine wachsende Bedeutung erlangte. Bei einer Meinungsumfrage äußerten 80% der Befragten ihre Unterstützung für die CAGE (KT, 24.1.2000).

Durch die Aktionen der CAGE entstand die Frage nach der Legalität der Maßnahmen bzw. der Verletzung des bestehenden Wahlgesetzes. Dieses Gesetz verbietet in Art. 87 allen Organisationen, ausgenommen politische Parteien und Gewerkschaften, sich an Wahlkampagnen zu beteiligen. Die Aufstellung von Listen mit „untauglichen“ Kandidaten stellte eine Verletzung des Art. 59 des Wahlgesetzes dar, wonach „verfrühte Kampagnen“, d.h. Kampagnen vor dem Beginn der zeitlich eng begrenzten Wahlkampfzeit, illegal waren. Die an der CAGE beteiligten Organisationen waren sich der Tatsache der Verletzung des Wahlgesetzes bewusst und forderten die Revision dieses Gesetzes. Sie rechtfertigten ihre Aktionen damit, dass diese „voters' right to express political opinion“ (KT, 10.1.2000) verteidigten, und erklärten eine Art „Kampagne des zivilen Ungehorsams“, um eine Gesetzesänderung zu erreichen. Die Wahlkampagne der ZGO war ein Beispiel für die möglichen Konflikte zwischen zivilgesellschaftlichen Aktionen und rechtsstaatlichen Normen.

Schließlich beugten sich die ULD und die GNP dem öffentlichen Druck und stimmten zu, die umstrittenen Regelungen zum Verbot politischer Kampagnen von Bürgerorganisationen aufzuheben. Das geänderte Wahlgesetz erfüllte jedoch nicht die Erwartungen der Bevölkerung und insbesondere der an der CAGE beteiligten Organisationen. Nach dem geänderten Gesetz sind Massenkundgebungen und Unterschriftensammlungen weiterhin illegal. Selbst die Veröffentlichung der Ergebnisse von Umfragen durch Bürgerorganisationen ist nicht zulässig (CAGE Newsletter 3: 2). Deshalb betrachten die Organisationen das geänderte Wahlgesetz als Verletzung der Verfassung, die das Recht der Menschen auf politische Partizipation garantiert.

Nach der Nominierung der Kandidaten für die Parlamentswahl im April 2000 äußerten die Vertreter der CAGE ihre Enttäuschung über die Unfähigkeit der Parteien, alte politische Praktiken aufzugeben. Die Enttäuschung kam daher, dass viele der als „untauglich“ aufgelisteten Politiker dennoch als Kandidaten ihrer Parteien nominiert waren. Auch Kim Dae-jungs Partei, die MDP, hatte, entgegen ihren Beteuerungen, eine Reihe gelisteter Politiker nominiert. Die ULD hatte die CAGE-Listen bei ihrer Kandidatenaufstellung völlig ignoriert. Die GNP dagegen stellte einen großen Teil ihrer auf den CAGE-Listen aufgeführten Politiker nicht auf. Dies erwies sich jedoch hauptsächlich als Teil eines innerparteilichen Machtkampfes. So haben zahlreiche der nicht als Kandidaten aufgestellten Politiker der GNP die Partei verlassen und eine neue Partei, die Democratic People's Party (DPP), gebildet.

Am 3. April veröffentlichte die CAGE eine Liste mit 86 „untauglichen“ Kandidaten und erklärte, sich in ihren Aktionen auf die 22 „problematischsten Kandidaten“ konzentrieren zu wollen. Unter den 86 gelisteten Kandidaten waren zahlreiche einflussreiche Politiker aus allen politischen Parteien (KH, 4.4.2000).

In den Wahlen erreichte keine Partei die absolute Mehrheit der Sitze in der Nationalversammlung: MDP: 115, GNP: 133, ULD: 17, DPP: 2, Unabhängige: 2. Von den 86 in der Liste der CAGE aufgeführten Kandidaten wurden 59 (68,6%) nicht gewählt und von den 22 „problematischsten Kandidaten“ scheiterten 15. Dieses Ergebnis ist Ausdruck des Erfolges der Aktion. Es zeigten sich jedoch Unterschiede in den verschiedenen Regionen Südkoreas, was den nach wie vor starken Regionalismus bestätigt. Im Raum um Seoul scheiterten 19 (99,5%) der 20 gelisteten Kandidaten, in der Zentralregion 18 von 23. Im Südosten, der Machtbasis der GNP, wurden 16 von 35 Kandidaten in der Liste nicht gewählt. Im Südwesten, wo Kim Dae-jung seine Anhänger hat, scheiterten 6 von 8 gelisteten Kandidaten (CAGE Newsletter 5: 1).

Die CAGE hat einen Beitrag zum Voranbringen politischer Reformen in Südkorea geleistet. Die Kampagne hat auf die politischen Parteien Druck ausgeübt, zumindest einige „untaugliche“ Politiker nicht als Kandidaten aufzustellen. Außerdem sind zahlreiche prominente Politiker wegen ihrer Aufnahme in die Liste der CAGE und damit der Charakterisierung als korrupt und nicht wählbar auch nicht gewählt worden. Ihr Wiedereinzug bzw. ihre Wahl in die Nationalversammlung wurden verhindert.

Vertreter der CAGE bewerteten die Wahlergebnisse als „great victory“ ihrer gemeinsamen Aktivitäten (CAGE Newsletter 5: 1). In der *Korea Times* war am Tag nach der Wahl die Überschrift zu lesen: „Civic Movement Winner in Elections“ (KT, 14.4.2000).

In der Kampagne wurden die politischen Parteien auch dazu aufgerufen, verstärkt junge Leute einzubeziehen und als Kandidaten aufzustellen, die nicht mit den alten autoritären Strukturen und dem Übel der Korruption belastet sind. Insofern ist es auch ein Erfolg, dass neue, junge Politiker zwischen 30 und 39 Jahren die Wahl ins Parlament geschafft haben, darunter fünf von der MDP und vier von der GNP.

Im Zusammenhang mit den Aktivitäten der CAGE wurden auch andere Sektoren der Gesellschaft wie Gewerkschaften, Studenten und Interessengruppen stimuliert, sich mit eigenen Aktivitäten in die Vorbereitung der Wahl einzubringen. Die Aktivitäten der CAGE und der darin mitarbeitenden Organisationen leisteten einen Beitrag dazu, das politische Interesse unter der Bevölkerung zu stärken und eine aktive politische Partizipation der Menschen zu erreichen. Die beteiligten Organisationen erklärten nach der Wahl, dass sie weiterhin die Arbeit der Nationalversammlung und einzelner Politiker überwachen werden und so ihre politischen Aktivitäten fortsetzen (KH, 24.4.2000).

David Steinberg, Direktor des Programms für Asienstudien an der Universität Georgetown, USA, fasste die Ergebnisse der zivilen Kampagne in einer Kolumne in der *Korea Times* so zusammen: „The vigor of civil society, the single most important force for pluralism in Korea, is unlikely to diminish“ (KT, 19.4.2000).

Nach dem Abschluss der Kampagne zogen die Organisatoren aber auch eine kritische Bilanz. Choi Yul, einer der Korepräsentanten der CAGE, äußerte sein Bedauern darüber, dass nicht mehr getan wurde, um eine stärkere Unterstützung durch die Bevölkerung und deren aktive Teilnahme an der Kampagne zu erreichen (KT, 14.4.2000). Außerdem war die geringe Wahlbeteiligung von nur 57,2% auch ein Ausdruck der großen Enttäuschung der Menschen über die Politik, den langsamen Prozess der politischen Reformen und die alte Garde der Politiker. Die CAGE hat sicherlich zu dieser gestiegenen Enttäuschung und Desillusionierung unter der Bevölkerung insofern beigetragen, als in der Kampagne die Probleme öffentlich gemacht und thematisiert wurden. Dies veranlasste dann viele Wähler, der Wahl fernzubleiben. Kritiker der Kampagne haben auch die Kriterien, unter denen die Aufnahme von Politikern in die Listen erfolgte, sowie Transparenz und Fairness der gesamten Kampagne in Frage gestellt.

3.3 Globalisierung: Die Internationale NRO-Konferenz Seoul 1999 und die Taegu-Runde

Neben der Aktivierung der Zivilgesellschaft durch die Bildung neuer ZGO, die Stärkung ihrer Professionalität und die Ausweitung ihrer Tätigkeitsbereiche sowie die Bildung nationaler Netzwerke und Zusammenschlüsse erfolgte in den vergangenen zwei Jahren eine weitere Globalisierung der Aktivitäten der ZGO in Südkorea.

Südkoreanische ZGO hatten nach der Teilnahme an der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Brasilien 1992 mit der Ausweitung ihrer internationalen Aktivitäten begonnen. Im Jahr 1999 wurde die regionale und internationale Zusammenarbeit südkoreanischer Organisationen durch zwei wichtige Treffen in Südkorea weiter gestärkt: die Internationale NRO-Konferenz Seoul 1999 und die Taegu-Runde.

Die Bedeutung dieser beiden Treffen liegt darin, dass sie im vergangenen Jahr einen großen Beitrag zur Aktivierung der Zivilgesellschaft in Südkorea auf nationaler und internationaler Ebenen leisteten. Das nationale Netzwerk, das in Vorbereitung und Realisierung der Treffen gebildet wurde, sowie der Prozess der Zusammenarbeit der verschiedenen Organisationen schufen die Voraussetzungen, auf denen die Wahlkampagne der ZGO im Jahr 2000 aufbauen konnte.

Die Internationale NRO-Konferenz Seoul 1999 (10.-16. Oktober 1999) wurde gemeinsam organisiert von der Conference of NGOs in Consultative Relationship with the United Nations (CONGO), vom Executive Committee of NGOs Associated with the United Nations Department of Public Information sowie von der Global Cooperation Society (GCS) International/Kyung Hee University und einem breiten Zusammenschluss koreanischer NRO unter dem Thema „The Role of NGOs in the 21st Century: Inspire, Empower, Act!“. Mehr als 8.000 Vertreter von ca. 1.400 NRO, darunter 5.600 koreanische Teilnehmer von 437 Organisationen, hatten sich zu dem Treffen in Seoul versammelt (KH, 8.10.1999).

Die Ziele der Konferenz bestanden darin,

- to assess commitments made by governments at recent UN World conferences [...],
- to advocate fulfillment of these commitments,
- to engage in policy dialogue with the United Nations and government agencies, and to enhance communication and collaboration among national, regional and international NGOs,
- to built networks for more effective implementation of NGO activities,
- to provide an opportunity for NGOs to exchange experiences and seek common and concrete measures for self-empowerment and alliance-building (*The 1999 Seoul International Conference of NGOs: 3*).

Während der Konferenz wurden elf Themenkreise von Frieden und Sicherheit bis zu produktivem Altern in ca. 180 Workshops diskutiert.

Die Vorbereitung dieser internationalen Konferenz wurde überschattet von der späten Einbeziehung einer großen Anzahl koreanischer Organisationen bei der Ausarbeitung des Konferenzprogramms. Deshalb hatten einige koreanische Basisgruppen beschlossen, sich nicht an der Konferenz zu beteiligen und sogar dagegen zu protestieren. Einflussreiche Organisationen wie PSPD, KCCM, CCEJ und Korea National Council of Women nahmen jedoch aktiv an der Konferenz teil. Von einigen Organisationen und Personen wurde kritisiert, dass die Initiative für die Konferenz nicht von den ZGO kam, sondern hauptsächlich von Dr. Choue Young-Seek, Gründungskanzler der Kyung-Hee Universität in Seoul und Präsident der Global Co-operation Society (GCS) International. Andere waren der Meinung, dass die große Teilnehmerzahl und die Breite der Themen auf der Konferenz eine tiefgehende Diskussion der Themen und substanzielle Netzwerkarbeit nicht zulassen würden.

Insgesamt trug die Konferenz jedoch dazu bei, die Position der Zivilgesellschaft in Südkorea gegenüber der Regierung zu stärken und ihre Wahrnehmung durch die Bevölkerung zu vergrößern. Die Konferenz gab auch die Möglichkeit, den internationalen Status koreanischer ZGO zu erhöhen und deren Kontakte mit Organisationen aus anderen Ländern auszubauen und zu entwickeln. Zum Abschluss der Konferenz wurde „The Seoul NGO Millenium Declaration: Achieving Our Vision for the 21st Century“ angenommen, die nach Einschätzung von Choue Young-Seek „embodies ideals of people power, that people lies at the heart of participatory democracy“ (zit. in *KH*, 16.10.1999). Die Seouler Deklaration wurde Ende Mai 2000 an das Millenium Forum in New York übermittelt.

Einige Tage vor dieser großen internationalen Konferenz in Seoul fand in Taegu, einer Stadt im Südosten der koreanischen Halbinsel, ein von dem Taegu Round Korea Committee organisiertes internationales Forum zum Thema „Towards a New Financial Order: Post Asia Crisis Agenda“ statt (6.–8. Oktober 1999). 40 Vertreter aus mehr als 20 Ländern und 60 koreanische Teilnehmer kamen in Taegu als Vertreter von ZGO, akademischen Instituten, Kirchengruppen und Gewerkschaften zusammen. Sie diskutierten über Möglichkeiten der Kontrolle der Bürger über das globalisierte Finanzkapital, über demokratische Reformen der multilateralen Fi-

nanzorganisationen, Jubilee 2000 und den Entwurf eines sozioökonomisch nachhaltigen Entwicklungsmodells für Asien im 21. Jahrhundert.

In der Abschlussresolution vereinbarten die Teilnehmer, ein Taegu Round Global Network for Social and Economic Justice zu bilden und in diesem Netzwerk Fragen im Zusammenhang mit dem bestehenden internationalen Finanzsystem zu diskutieren. Die Reform der multilateralen Finanzinstitutionen einschließlich des IWF wird als das Hauptthema der Taegu-Runde betrachtet, da das globale Schuldenproblem durch Jubilee 2000 und das Thema des spekulativen Kapitals durch die in Frankreich gegründete Organisation Association pour la taxation des transactions financières pour l'aide aux citoyens (ATTAC) behandelt werden.

Nach Angabe von Professor Lee Chang Keun, dem Generaldirektor des Taegu Round Korea Committee, soll das Taegu Round Global Network als Kampagnenorganisation auf internationalem Gebiet wirken. In Südkorea selbst werde es als Netzwerk-Administrator fungieren, um die koreanischen ZGO beim Aufbau effektiver Verbindungen zu Organisationen im Ausland, die zu den gleichen Themen arbeiten, zu unterstützen. In der Resolution wird auch die Bildung eines Asian Social & Economic Institute unterstützt, das mit voller Beteiligung der Zivilgesellschaften Fragen des regionalen Handels, der Investitionen, der Kontrolle von *short-term capital* und des Management von Auslandsschulden untersuchen und Lösungsansätze entwerfen soll. Dabei würden konkrete Maßnahmen formuliert, um eine nachhaltige Regionalentwicklung zu fördern.

Diese beiden Initiativen zur Bildung des Taegu Round Global Network for Social and Economic Justice und der Einrichtung des Asian Social & Economic Institute sind Beispiele für die Globalisierung der Aktivitäten der Zivilgesellschaft: Probleme, die im internationalen Rahmen entstehen und Auswirkungen auf nationale Entwicklungen haben, werden von den Zivilgesellschaften in verschiedenen Ländern in ihren internationalen Netzwerken und Kampagnen behandelt, wie auch in konkreten Aktivitäten durch die Menschen in den einzelnen Ländern.

4 Weitere Aufgaben und Probleme der zivilgesellschaftlichen Organisationen

Die ZGO in Südkorea haben sich zu einer wichtigen gesellschaftlichen Kraft entwickelt, die die Regierung und die Wirtschaft kontrolliert und kritisiert, aber auch eigene Vorschläge für politische, wirtschaftliche und soziale Reformen unterbreitet. Während der ersten Hälfte der Amtszeit von Präsident Kim Dae-jung wurde die Bedeutung einer aktiven und vielfältigen Zivilgesellschaft erneut durch das Zögern der Regierung deutlich, die notwendigen Reformen, insbesondere die Reform des politischen Systems und der *chaeból*, voranzutreiben. Eine Reihe von Skandalen, die fortgesetzte Korruption und die Schwäche des Systems politischer Parteien führten dazu, dass die Menschen das Vertrauen in die Regierung und das politische System weiter verloren.

Die Rolle der Zivilgesellschaft in Südkorea wird sich auch weiter verstärken. Mehr noch als in anderen Ländern haben in Südkorea die ZGO, andere soziale Organisationen und Basisgruppen die Aufgabe, die Meinungen und Forderungen der Menschen zum Ausdruck zu bringen und die Menschen zu mobilisieren für eine aktive Gestaltung partizipatorischer Demokratie, wirtschaftlicher Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung.

Diese zunehmende Verantwortung der ZGO erfordert, dass die Organisationen sich auf breiter sozialer Basis Legitimität erwerben. In einer repräsentativen Demokratie haben die politischen Institutionen, die im Ergebnis von Wahlen gebildet werden, wie z.B. Parlamente oder Regierungen, eine größere Legitimität als die Organisationen der Zivilgesellschaft, die im allgemeinen nur partikuläre Legitimität besitzen. In Südkorea müssen sich deshalb die ZGO zum einen für die Stärkung des demokratischen politischen Systems durch weitere politische Reformen einsetzen. Zum anderen müssen sie auch über eine „selbstkritische Reflexionsbereitschaft“ verfügen und in Konfliktsituationen ggf. „Selbstbeschränkung“ (Merkel und Lauth 1998: 11) üben.

Die ZGO in Südkorea haben sich insgesamt das Vertrauen der Bevölkerung als Organisationen erworben, die hohe moralische und politische Maßstäbe verkörpern. Gleichzeitig kam es jedoch auch zu einigen Skandalen, in die führende Akteure der ZGO verstrickt waren und die die Reputation der Organisationen schädigten. Ein Beispiel ist die seit über zehn Jahren aktive CCEJ, die wegen ihres „bureaucratic management“ (KT, 4.3.2000) und einiger Vorfälle ihre Reputation als starke und repräsentative Bürgerorganisation eingebüßt hat. So war im Januar 1999 bekannt geworden, dass der damalige Generalsekretär der CCEJ einen Zeitungsartikel plagiiert hatte. Bereits 1997 musste Yoo Jae-hyon, zu der Zeit Generalsekretär der CCEJ, wegen des Skandals um die Tonbandaufzeichnung eines Gesprächs mit dem Sohn Kim Young-sams, Kim Hyon-chol, zurücktreten.

Einen aktuellen Rückschlag erhielt die Sache der Bürgerbewegung Ende Mai 2000 mit der Verhaftung von Chang Won von Green Korea United, Sprecher der CAGE, unter dem Vorwurf der sexuellen Belästigung einer 18-jährigen Studentin. Green Korea United schloss Chang auf einem sofort nach Bekanntwerden der Vorwürfe einberufenen Sondertreffen aus und veröffentlichte eine Entschuldigung.

Mit der weiteren Entwicklung der Demokratie in Südkorea gewinnt die „interne demokratische Verfasstheit“ (Merkel und Lauth 1998: 10) der ZGO an Bedeutung. Die ZGO müssen im Sinne von „Schulen der Demokratie“ (Tocqueville) zur Entwicklung einer demokratieförderlichen politischen Kultur in der Gesellschaft beitragen. Die ZGO in Südkorea werden mitunter dafür kritisiert, dass sie „Eliteklubs“ seien und über wenig interne demokratische Strukturen und Verhaltensweisen verfügen. Empirische Untersuchungen dazu liegen nach meinen Kenntnissen nicht vor. Aber Mitglieder von Organisationen oder Personen, die mit verschiedenen Organisationen zusammenarbeiten, verweisen auf wahrnehmbare Unterschiede in der demokratischen Verfasstheit zwischen einzelnen ZGO. So wird die PSPD häufig als Beispiel für gut entwickelte demokratische Strukturen genannt, während die KFEM eher hierarchisch und undemokratisch geprägt sei.

Zur demokratischen Verfasstheit gehören auch die Dezentralisierung der Aktivitäten und die Stärkung der regionalen und lokalen Büros der Organisationen, die großen Anteil daran haben, die Menschen vor Ort in die aktive Arbeit einzubeziehen. Die Aktivitäten und die Kraft der ZGO, aber z.B. auch deren finanzielle Situation hängen in Südkorea wie überall von der Arbeit der Basisgruppen, der Arbeit der Menschen vor Ort ab. Deshalb müssen die ZGO die direkte Teilnahme der Menschen stärken. Der Mangel an aktiven Mitgliedern in den ZGO wird häufig als ernsthaftes Problem angeführt: „Bürgerorganisationen ohne Bürger“ (*Simin ômnûn simin tanch'e*). Häufig bilden die Aktivisten aus der Zeit der sozialen Bewegungen in den 70er und 80er Jahren die Kernmitgliedschaft in den Organisationen, unterstützt durch einige Experten aus dem akademischen Umfeld. Es geht nun darum, neue Mitglieder zu gewinnen und junge Menschen für die Mitarbeit zu interessieren. Dazu müssen tatsächlich die Probleme der Menschen aufgegriffen, der Zugang zu den Organisationen durch Abbau der „Schwellenangst“ erleichtert und Programme entwickelt werden, die die aktive Beteiligung der Menschen fördern.

Programme für die politische Bildung der Menschen sollten darauf zielen, das politische Interesse und die Bewusstheit der Menschen zu erhöhen sowie ihre Akzeptanz gegenüber grundlegenden demokratischen Prinzipien und Werten und ihre Bereitschaft, sich dafür einzusetzen, weiter zu stärken. Das Ziel, ein eigenes Gesetz und eine eigene Institution für die demokratische politische Erwachsenenbildung zu schaffen, konnte nicht realisiert werden. Aber das neue Gesetz zur Förderung der NRO sollte auch für die Förderung entsprechender Projekte der politischen Bildung genutzt werden.

In der bereits angeführten Umfrage von *NGO Weekly - Citizens Times* und *Insight Research* wurde auch die Frage nach den aktuellen und den zukünftigen Hauptinhalten der Bürgerbewegungen gestellt. In den Antworten wurde deutlich, dass es eine Schwerpunktverlagerung bei den Aufgaben geben wird. Bei den aktuellen Aufgaben der Bürgerbewegungen rangiert das Eintreten gegen Korruption auf Platz 1 (17,9%), gefolgt von der Verbesserung der Menschenrechte (12,9%) und der Kontrolle der politischen Macht (12,9%). Dagegen wurde das Umweltproblem (14,6%) als das wichtigste Problem für die koreanischen ZGO im 21. Jahrhundert angegeben, gefolgt von den Menschenrechten (13,8%), der Wiedervereinigung, Sicherheit und Frieden (12,1%) sowie der Stärkung ethischer Normen und des Wertesystems. Die Beseitigung von Korruption und unsauberer Politik wurde erst auf Platz fünf genannt (*NGO Weekly - Citizens Times*, 1.-9.1.2000).

Die Vorbereitung und Durchführung des ASEM 2000 People's Forum, das im Oktober von asiatischen und europäischen NRO in Seoul kurz vor dem ASEM-Treffen der Regierungschefs durchgeführt wird, ist ein wichtiger aktueller Anlass für die weitere Aktivierung der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Südkorea. Das People's Forum bietet diesen Organisationen auch eine erneute Möglichkeit, mit Bürgerbewegungen, sozialen Bewegungen und Gewerkschaften in anderen Ländern Asiens und Europas zusammenzuarbeiten und die Zivilgesellschaft auf nationaler und internationaler Ebene zu stärken.

Anmerkung:

Für diesen Beitrag führte der Autor im Februar und Juni 2000 mehrere Interviews mit Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen in Südkorea:

Dr. Cha Myong-jae, Direktor des Korea Institute for Sustainable Society, Green Korea United

Dr. Shi Hei-soo, Korea Women's Association United

Yoon Jung-sook, Womenlink

Dr. Cho Hyo-je, People's Solidarity for Participatory Democracy

Weitere Interviews wurden geführt mit:

Jo Myoun-u, Abteilung für die Zusammenarbeit mit NRO im Ministerium für Verwaltung und innere Angelegenheiten

Dr. Peter Mayer, Repräsentant der Friedrich-Ebert-Stiftung in Seoul

Dr. Ronald Meinardus, Repräsentant der Friedrich-Naumann-Stiftung in Seoul

Literatur

Citizens' Movement Communication Center (Hrsg.) (1999), *2000 Han'guk min'gan tanch'e ch'ongnam. Directory of Korean NGOs*, Seoul: Simin undong chongbun sent'o, 2 Bde.

Ho Yong-bôp (2000), „Ch'ongsôn simin yôndaë ûi tûmyôngsông kwa kongjông-sông kômjûng“ [Der Nachweis der Transparenz und Unparteilichkeit der CAGE] (März 2000), in: *Wôlgan chosôn*, S.241-253

Kim Dong-chun, „The Future of the Korean Social Movement under the IMF Program“ (September 1998), in: *Youndae*, Nr.1, S.18-22

Merkel, Wolfgang und Hans-Joachim Lauth (1998), „Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie?“, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B-6-7/98, S.3-12, 30. Januar 1998

„Minority Shareholders' Campaign“ (September 1998), in: *Youndae*, Nr.1, S.7-13

The 1999 Seoul International Conference of NGOs (Programmbroschüre), 23.7.1999, 8 S.

Wein, Roland (1997), „Südkorea auf dem Weg zur Zivilgesellschaft: Die Zivilgesellschaftsorganisationen“, in: Patrick Köllner (Hrsg.), *Korea 1997 – Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Hamburg: Institut für Asienkunde, S.41-67

Zeitschriften

NGO Weekly - Citizens Times, 1.-9.1.2000

CAGE Newsletter, Nr.1-5, Januar bis April 2000

PICIS Newsletter, Jg. 1998-Juni 2000, (elektronisch)

Korea Herald, Jg. 1998-Mai 2000

Korea Times, Jg. 1998-Mai 2000

Wôlgan chosôn, Jg. 1999-März 2000

Youndae, Nr.1, September 1998; Nr.2, März 1999; Nr.3, 2000

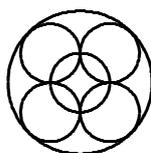
Patrick Köllner, Hrsg.

KOREA 2000

**POLITIK
WIRTSCHAFT
GESELLSCHAFT**

mit
Beiträgen
von

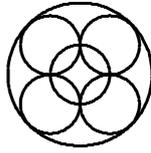
Tim Goydke
Huh Young
Kim Man-su
Patrick Köllner
Heinrich Kreft
Peter Mayer
Park Byeung-Kwan
Manfred Pohl
Oliver Schramm
Peter Tergeist
Roland Wein



INSTITUT FÜR ASIENKUNDE
HAMBURG

ISSN 1432-0142
ISBN 3-88910-243-3
Copyright Institut für Asienkunde
Hamburg 2000

Manuskriptbearbeitung: Vera Rathje
Textverarbeitung: Siegrid Woelk
Gesamtherstellung: Zeitgemäßer Druck CALLING P.O.D., Hamburg



VERBUND STIFTUNG
DEUTSCHES ÜBERSEE-INSTITUT

Das Institut für Asienkunde bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Iberoamerika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut in Hamburg.

Aufgabe des Instituts für Asienkunde ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Asien.

Das Institut für Asienkunde ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des jeweiligen Autors und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Alle Publikationen des Instituts für Asienkunde werden mit Schlagwörtern und Abstracts versehen und in die Literaturdatenbank des Fachinformationsverbundes Internationale Beziehungen und Länderkunde eingegeben.

Anfragen zur Asien-Literatur richten Sie bitte an die Übersee-Dokumentation (Tel.: (040) 42834 598 – Fax: (040) 42834 512 – E-Mail: duei-dok@uni-hamburg.de).